



**SEIT 1984 FÜR
SOLIDARITÄT
STATT HETZE!**

Kölner Flüchtlingsrat e.V.

Kölner Flüchtlingsrat e.V. | Herwarthstr. 7 | 50672 Köln

Pressemitteilung
02.06.2022

Sondierungspapier von CDU und Grüne in NRW, Kapitel: Migration, Integration und Flucht

Der Kölner Flüchtlingsrat e.V. sieht nach Vorlage des Sondierungspapiers eine echte Chance für einen Systemwechsel in der Landesfluchtspolitik. Allerdings müssen im Rahmen der Koalitionsgespräche die im Sondierungspapier dargelegten Aussagen noch konkretisiert und bislang ausgesparte Themen nachverhandelt werden.

Der Kölner Flüchtlingsrat e.V. stellt den einzelnen Aussagen nachfolgend seine Forderungen gegenüber:

Grundsätze

„Nordrhein-Westfalen ist ein weltoffenes Einwanderungsland. Chancengerechtigkeit, Menschenrechte und gelebte Humanität stehen im Mittelpunkt unserer Integrations-, Migrations- und Flüchtlingspolitik“ (CDU/Grüne).

Forderungen:

Wenn Chancengleichheit, Menschenrechte und gelebte Humanität im Mittelpunkt stehen, müssen alle Maßnahmen diese Kriterien voll erfüllen.

Unterbringung von Geflüchteten

„Wir setzen auf eine menschenwürdige und auf Integration ausgerichtete Unterbringung von Geflüchteten. Für die Aufenthaltsdauer, die Ausstattung und die Angebote in den Landeseinrichtungen wollen, wir unter Berücksichtigung besonderer Herausforderungen, entsprechende Standards festlegen. Wir wollen eine schnelle dezentrale Unterbringung von Geflüchteten in den Kommunen, insbesondere von Familien mit Kindern“ (CDU/Grüne).

Forderungen:

- Erstellung eines verbindlichen Konzeptes „Menschenwürdige und auf Integration ausgerichtete Unterbringung von Geflüchteten“ inkl. der Entwicklung von Standards für die Aufenthaltsdauer, die Ausstattung und die Angebote in Landeseinrichtungen insbesondere unter Mitwirkung der Wohlfahrt NRW und der Kooperationspartner NRW.
- Zügige und wohlwollende Prüfung von Umverteilungsanträgen.
- Hinreichende Berücksichtigung aller relevanter Aspekte für die Wohnsitzzuweisung nach § 12a AufenthG, insbesondere bzgl.
 - Wohnungssuche und Wohnraumversorgung,

Kölner Flüchtlingsrat e.V.

Die Geschäftsstelle:

Herwarthstr. 7

50672 Köln

Tel: 0221 279 171-0

Fax: 0221 279 171-20

Home: www.koelner-fluechtlingsrat.de

Claus-Ulrich Pröiß, Geschäftsführer

Fon: 0221 279 171-15

Mobil: 0171 7992647

E-Mail: proelss@koelner-fluechtlingsrat.de

Thomas Zitzmann, stv. Geschäftsführer

Mobil: 01522 5964729

E-Mail: zitzmann@koelner-fluechtlingsrat.de

Vorstand:

Dr. Michael Bollmann

Prof. Dr. Markus Ottersbach

Rechtsanwältin Eva Steffen

Kathrin Peters

Der Verein ist laut Bescheinigung des Finanzamtes Köln-Mitte vom 04.01.2022 als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Beiträge sind steuerlich absetzbar.

Spendenkonto:

Kölner Flüchtlingsrat e.V.

IBAN: **DE75 3702 0500 0001 7183 01**

BIC: BFSWDE33XXX

Bank für Sozialwirtschaft

- Zugang zu Arbeit und Ausbildung,
- gegenseitige familiäre Unterstützung und
- Berücksichtigung spezifischer Bedarfe sowie Schutz vor Gewalt.

Bleiberechte

„Für gut integrierte Geflüchtete wollen wir einen dauerhaften Aufenthalt und Arbeitsmarktzugang ermöglichen. Unser Ziel ist es, in Nordrhein-Westfalen alle humanitären und aufenthaltssichernden Bleiberechtsregelungen so auszuschöpfen, dass gut integrierte geduldete Geflüchtete eine Bleibeperspektive erhalten“ (CDU/Grüne).

Forderungen:

- Vorgriffsregelungen für §§ 25a, 25b und Chancen-Aufenthaltsrecht – und hier ggf. durch Erteilung von Ermessensduldungen nach § 60a Abs. 2 S. 3 AufenthG - sowie für die Abschaffung von Arbeitsverboten für hier Lebende.
- Änderung der HFKVO: Verpflichtung der Ausländerbehörden, während des HFK-Verfahrens keine aufenthaltsbeendenden Maßnahmen durchzuführen und positive Entscheidungen der HFK auch umzusetzen.
- Herausgabe von Erlassen bzgl. aller humanitärer und aufenthaltssichernden Bleiberechtsregelungen, die die Ausländerbehörden anweisen, vorhandene Ermessensspielräume voll auszuschöpfen.

Landesaufnahmeprogramm

„Wir wollen im Einvernehmen mit dem Bund ein Landesaufnahmeprogramm umsetzen und dafür Sorge tragen, dass die Kommunen mehr Möglichkeiten erhalten, um Menschen in Notsituationen aufzunehmen“ (CDU/Grüne).

Forderungen:

- Das Aufnahmeprogramm soll verfolgte, schutzbedürftige und vulnerable Personen umfassen und darf nicht an die Vorlage von Verpflichtungserklärungen gekoppelt sein.

Gesundheitsversorgung

„Für Asylsuchende stellen wir eine gute Gesundheitsversorgung sicher. Wir wollen Anreize schaffen, damit die elektronische Gesundheitskarte in allen Kommunen eingeführt wird“ (CDU/Grüne).

Forderungen:

- Auslegungserlass zu § 6 Abs. 1 AsylbLG, insbesondere zu Kostenübernahme von Psychotherapien, Sprachmittlung und für die Behandlung chronisch Kranker, um möglichst viele Personen zu begünstigen.
- Frühzeitige und systematische Identifizierung besonders schutzbedürftiger Gruppen in NRW.

- Schaffung größtmöglicher Anreize zur flächendeckenden Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Asylsuchende und Geduldete in den ersten 18 Monaten ihres Aufenthalts.
- Langfristige und auskömmliche Finanzierung Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer.
- Systematische Finanzierung von Sprachmittlung im Gesundheitswesen.

Integrations- und Sprachkurse

„Den Kreis der Teilnahmeberechtigten von Integrations- und Sprachkursen wollen wir erweitern und flächendeckende berufsspezifische Sprachkurse entwickeln“ (CDU/Grüne).

Forderungen:

- Integrations- und Sprachkurse für alle Geflüchteten unabhängig vom Aufenthaltsstatus, Staatsangehörigkeit oder Einreisedatum.

Freiwillige Rückkehr und Abschiebung

„Da, wo ein Asylantrag abgelehnt wurde und es keine weiteren aufenthaltsrechtlichen oder humanitären Bleibegründe gibt, muss die Ausreise durch eine freiwillige Rückkehr oder eine Rückführung erfolgen“ (CDU/Grüne).

Forderungen:

- Verbindliche Hinweise für die Ausländerbehörden, aufenthaltsrechtliche und humanitäre Bleibegründe – auch in ihrer Perspektive - zu prüfen und ggf. die Ermessenduldung zu erteilen, bis diese Gründe vorliegen. Insofern die Person an eine Beratungsstelle angedockt ist, soll diese in die Prüfung miteinbezogen werden.
- Keine Abschiebungen aus Schulen, Ausbildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen, Kliniken und anderen besonderen Schutzräumen.
- Keine Abschiebung von kranken Menschen und keine Abschiebung in Kriegs- und Krisengebiete, ggf. durch Anordnung der obersten Landesbehörde (§ 60a Abs. 1, § 23 Abs. 1 AufenthG).
- Auflösung der Abschiebehaft Büren und Verzicht auf das geplante Ausreisegewahrsam Düsseldorf.

Förderprogramm „Soziale Beratung von Geflüchteten“ stärken und weiter ausbauen

„Die unabhängige Asylverfahrensberatung und soziale Beratung von Geflüchteten wollen wir stärken und weiter ausbauen“ (CDU/Grüne).

Forderungen:

- Änderung der Förderrichtlinie: Weg von der Projektförderung, stattdessen Ausbau zu Regelangeboten.
- Langfristige und auskömmliche Finanzierung unter Einbeziehung der Overheadkosten der unabhängigen Träger aller Fachsäulen.

gez. Claus-Ulrich Pröhl